

Antrag an den 18. Parteitag der DKP;

Antragssteller: Yirida Berger, Anke Dussmann, Michael Götze, Olaf Harms, Patrik Köbele, Siw Mammitzsch, Brigitte Müller, Renate Munder, Rainer Perschewski, Wera Richter und die Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst der Bezirksorganisation Hamburg

HANDLUNGSORIENTIERUNG 2008/2009

Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - im Kampf gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau

1. Einleitung

Im 40. Jahr der DKP ist unübersehbar: Diese Zeit und dieses Land brauchen eine starke kommunistische Partei. Die gesellschaftlichen Bedingungen in diesem Land sind geprägt durch die anhaltende Offensive des deutschen Großkapitals. Sie wird direkt und über den Staat mit dem Ziel betrieben

- die Kapitalverwertungsbedingungen zu verbessern,
- die Position des deutschen Imperialismus entsprechend seiner gewachsenen ökonomischen, politischen und militärischen Stärke zu festigen und auszubauen,
- die Bevölkerung grundlegend zu entrechten und gleichzeitig für die expansive Politik zu gewinnen.

Im Ergebnis dieser durch Krieg, Sozial- und Demokratieabbau bestimmten Politik hat sich die soziale Situation der arbeitenden Menschen, der Erwerbslosen, Rentner, Jugendlichen und Kinder drastisch verschlechtert und sie verschlechtert sich weiter. Zur Erzielung von Maximalprofiten werden die Löhne gedrückt, immer mehr Menschen müssen für Hunger- und Niedriglöhne arbeiten und werden in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ein großer Teil der Arbeiterklasse wird dauerhaft aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt und für überflüssig erklärt. Dramatisch haben sich die Bedingungen der Bildung, Berufsausbildung und die Berufsperspektiven der Arbeiterjugend verschlechtert.

Lohndrückerei und die gezielte Verelendung von Teilen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen dienen der Disziplinierung und Erpressung der Beschäftigten. Reale Ängste, Konkurrenzdruck und Resignation schwächen die Kampfkraft und erschweren wirksamen Widerstand gegen die Folgen dieser Offensive. Das zu verändern, erfordert in erster Linie, Klassenbewusstsein zu entwickeln. Dazu bedarf es des Wirkens von Kommunistinnen und Kommunisten in Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen – dort, wo die Menschen mit den vielfältigen Widersprüchen, die das kapitalistische System produziert, direkt konfrontiert sind.

Revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten heißt vor allem, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand für die Durchsetzung dieser Interessen zu entwickeln. Das gilt auch für Abwehrkämpfe. Dabei gilt es, zu verdeutlichen, dass es sich bei den Angriffen auf unsere Rechte nicht um einzelne Aktionen handelt, sondern dass sie Ergebnisse des Grundwiderspruchs unserer Gesellschaft, des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, sind. So kann in diesen Kämpfen Klassenbewusstsein entstehen.

Betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe nehmen zu. Beispiel sind die Auseinandersetzungen bei AEG in Nürnberg oder der Telekom. Diese Auseinandersetzungen endeten jedoch meist mit Niederlagen oder unzureichenden Kompromissen. Grund hierfür ist das gesellschaftliche Kräfteverhältnis, aber auch die unzureichende Mobilisierung, die opportunistische Haltung der Gewerkschaftsführungen und die daraus resultierende mangelnde Bereitschaft zum gesellschaftlichen Großkonflikt. Doch auch hier sind neue Ansätze, wie der Protest gegen die Rente mit 67, erkennbar.

Antikapitalistische Stimmen werden lauter: zum einen in der Partei Die Linke, zum anderen im außerparlamentarischen punktuellen Widerstand wie z.B. in der Bewegung gegen den G-8-Gipfel. 60 Das verbessert die Möglichkeiten, Widerstand in diesem Land zu entwickeln und die Diskussion um die gesellschaftliche Alternativen zu führen. Die Aufgabe, in der Arbeiterklasse zu wirken und Klassenbewusstsein zu entwickeln, nimmt den Kommunistinnen und Kommunisten aber weder die sogenannte globalisierungskritische Bewegung noch die stark auf Parlamente fixierte Partei Die Linke ab.

Im 40. Jahr der DKP ist unübersehbar: Die kommunistische Partei kämpft um ihre Existenz. Die Mitgliederzahl sinkt, die Partei ist überaltert, das Finanzproblem wächst, und Resignation macht sich unter aktiven Genossinnen und Genossen breit. Besonders drastisch ist der Zerfall der Organisationsstrukturen. Nur noch ein Drittel der Grundorganisationen arbeitet mit Vorständen, nur die Hälfte führt regelmäßig Bildungsabende durch. Im Referat der 8. PV-Tagung „zu den politischen Herausforderungen und den Aufgaben der DKP“ wurde unter anderem festgestellt, „dass nur ein Drittel unserer Mitglieder regelmäßig monatlich über die Politik diskutiert und sich verständigt.“ Die Schlussfolgerung in dem Referat hieß: „Bei dieser Bilanz dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen.“

Die Handlungsorientierung gibt eine verbindliche Schwerpunktsetzung für alle Gliederungen der Partei, die es ermöglichen soll, das Wirken in der Arbeiterklasse und die Formierung von Widerstand in diesem Land zu stärken und die Partei vor allem in ihren Grundorganisationen zu stärken.

2. Parteientwicklung

Es sind die DKP-Gruppen, die in Betrieben, Wohngebieten und Kommunen wirken. Durch ihre Arbeit kommen wir in die Diskussion und die Aktion mit den Menschen. Nicht als Stellvertreter, sondern in der Vertretung der gemeinsamen Interessen. Hier zeigen Kommunistinnen und Kommunisten, dass sie nicht nur Forderungen erheben, sondern auch konsequent dafür eintreten. Hier finden und sind Kommunistinnen und Kommunisten Bündnispartner, hier können sie Bewegungen unterstützen oder initiieren, Auseinandersetzungen führen – und auch gewinnen. Hier finden sie neue Mitstreiter - Sympathisanten und Mitglieder – und können sie in die Arbeit 90 einbeziehen. Die DKP-Gruppen sind der Ort, wo Kommunistinnen und Kommunisten zusammen lernen – theoretisch und in der Aktion – wo Kollektive entstehen und sich kommunistische Persönlichkeiten entwickeln.

– Die Gruppen ringen um organisationspolitische Standards, um ihre Arbeit zu stabilisieren und zu verbessern. Zu dem erforderlichen Grundgerüst gehören eine Gruppenleitung, regelmäßige Treffen und regelmäßige Kassierung, kontinuierliche Bildungsarbeit, das Erstellen von Arbeitsplänen sowie von eigenen Öffentlichkeitsmaterialien.

– Die Bezirke, Landesverbände und Kreise machen eine Bestandsaufnahme über die Situation der Grundorganisationen und stellen unter Berücksichtigung der jeweiligen Stärken und Schwächen Zielstellungen auf, um deren Situation schrittweise zu verbessern und entwickeln gemeinsam mit den Gruppenvorständen entsprechende Maßnahmen.

– Der Parteivorstand wertet die Ergebnisse der Bestandsaufnahmen aus Bezirken und Kreisen aus und zieht daraus Schlussfolgerungen für seine Arbeit.

– Der Parteivorstand konzentriert seine Arbeit auf die Unterstützung der Grundorganisationen, insbesondere in den politischen Schwerpunkten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik sowie Kommunalpolitik. Abrechenbares Ziel ist es, die Grundorganisationen organisatorisch (Leitungen, Kassierung) und ideologisch zu stabilisieren, ihre Anzahl sowie die Anzahl der Mitglieder und der Öffentlichkeitsmaterialien zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung für die Stärkung der DKP ist die Entwicklung der SDAJ als eigenständigem Jugendverband, mit dem wir durch die gemeinsame Weltanschauung besonders verbunden sind. Die Zusammenarbeit mit der SDAJ in Diskussion und Aktion wird auf allen Ebenen intensiviert. Die Bezirksleitungen und der Parteivorstand unterstützen die Aktivitäten der SDAJ personell und finanziell.

3. Betrieb und Gewerkschaft

Für die Entwicklung des Widerstandes, den Aufbau von Gegenmacht und die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses sind die Belegschaften der großen Betriebe und Verwaltungen sowie ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften, von zentraler Bedeutung. Die Aufgaben in Betrieb und Gewerkschaft sind schwieriger geworden. Das Klassenbewusstsein hat in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen, der Gegensatz von Kapital und Arbeit ist nicht mehr Bestandteil gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Standort- und Wettbewerbsdenken werden verbreitet und bestärkt, und das nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch von einzelnen Gewerkschaftsvertretern. Stattdessen brauchen wir Klassensolidarität und Internationalismus. Die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten im Betrieb und in den Gewerkschaften ist es, gemeinsam mit den Kollegen den Abwehrkampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aufzunehmen, sie aber auch auf positive Kampfziele zu orientieren. Betriebsarbeit beginnt bei der kontinuierlichen Kleinarbeit, mit Enthüllungen über betriebliche Schweinereien und dem Organisieren von Widerstand. Eine Haltung, die jeden Lohnverzicht ablehnt und zu verhindern sucht, muss entwickelt werden. Ziel muss es sein, die betrieblichen Fragen stärker mit gesellschaftlichen und politischen Fragen zu verbinden, um den Blick auf die ganze Klasse zu lenken. D. h. nicht nur der Zusammenhang von Sozialabbau und Aufrüstungs- und Kriegspolitik muss in die Betriebe getragen werden, sondern das ganze Spektrum des politischen Kampfs. Das Bewusstsein der Belegschaften muss darauf gerichtet werden, dass allein sie durch das zu erkämpfende Mittel des politischen Streiks die Macht haben können, wesentliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erreichen. Die konkreten Kämpfe müssen immer wieder mit einer generellen Kritik am Kapitalismus verbunden werden. Dem Kapitalismus muss eine gesellschaftliche Alternative, der Sozialismus, entgegengestellt werden.

Kommunistinnen und Kommunisten müssen die Fähigkeit wieder gewinnen, betriebliche Kämpfe voranzutreiben und in sie einzugreifen. Dann wird sich die Partei in Zukunft wieder bei der Arbeiterklasse profilieren, verankern und damit auch wieder mehr Mitglieder gewinnen können. Die Zahl der Betriebsgruppen, Betriebsaktive, Betriebssammelgruppen, Be-

etriebszeitungen und der Genossinnen und Genossen mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Genossinnen und Genossen, die Funktionen in Betrieben und Gewerkschaften haben, sind meist Einzelkämpfer und allein gelassen. Den Parteigliederungen gelingt es nur selten, ihre Erfahrungen und Auseinandersetzung in die Gruppenarbeit einzubeziehen und deren Arbeit zu unterstützen. Ein neuer Anlauf in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist nötig.

M a ß n a h m e n

- Die Bezirke, Landesverbände und Kreise diskutieren über Möglichkeiten der politischen Arbeit vor und in Betrieben sowie in den Gewerkschaften mit der Zielstellung der Bildung von Betriebsgruppen oder Betriebsaktiven und der Herausgabe von Betriebszeitungen und entwickeln entsprechende Maßnahmen.
- Die Diskussionsergebnisse, Analysen und Maßnahmen aus den Bezirken, Landesverbänden und Kreisen werden dem Parteivorstand vorgestellt und in der Gänze ausgewertet.
- Der Parteivorstand nimmt eine Bestandsaufnahme der existierenden Betriebsgruppen, -aktive und -zeitungen vor und organisiert den regelmäßigen Erfahrungsaustausch.
- In diesem Rahmen werden auch die Betriebsratswahlen 2009 vorbereitet mit der Zielstellung, dass sich Genossinnen und Genossen zur Wahl stellen.
- Der Parteivorstand bereitet gemeinsam mit den Delegierten die Vorbereitung auf Gewerkschaftstage.
- Der Parteivorstand führt ein Betriebszeitungsseminar durch und gibt einen Artikeldienst für Betriebszeitungen heraus.
- Die Bezirke, Landesverbände und Kreise unterstützen die SDAJ bei ihrer Kampagne gegen Zukunftskiller und der Bildung örtlicher Jugendbündnisse.

4. K o m m u n a l p o l i t i k

Neben den Betrieben sind die vielfältigen Widersprüche, die das kapitalistische System produziert, am stärksten in den Kommunen spürbar. Deshalb ist die Politik in den Kommunen das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik.

Hauptinhalte kommunistischer Kommunalpolitik sind die Finanzlage der Kommunen und die mit Haushaltsnotständen begründete Privatisierungspolitik. Wir erkennen die z. T. katastrophale Finanzlage der Kommunen nicht als Sachzwang an, sondern zeigen die Ursachen, zum Beispiel die Steuerpolitik zu Gunsten der Konzerne, auf. Wir machen deutlich, dass das Ausbluten der Kommunen und das Abwälzen der Folgen auf die Bürgerinnen und Bürger Bestandteil der Umverteilungspolitik der Herrschenden im Interesse des Kapitals ist. Wo bürgerliche Kommunalpolitik sagt „Wir müssen alle sparen“, fragt kommunistische Kommunalpolitik „Wo ist das Geld und wer verteilt es wohin?“ Wo bürgerliche Kommunalpolitik auf Schaufenster- und Hochglanzprojekte im Interesse der Reichen und Mächtigen orientiert, setzt kommunistische Kommunalpolitik den Kampf um Breitensport, Breitenkultur, die Ver-

sorgung der Stadtteile, Einrichtungen für Jugendliche, Senioren, Einwanderer, Menschen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, entgegen.

Die Finanzlage der Kommunen wird dazu genutzt, eine Welle der Privatisierung kommunalen Eigentums durchzusetzen. Betriebe, die bislang in kommunalem Eigentum waren, werden auch dem letzten Rest öffentlicher Kontrolle entzogen. Dabei werden die profitablen Bereiche privatisiert, die unprofitablen Bereiche bleiben bei den Kommunen, wodurch sich deren Situation weiter verschlechtert. Privatisierungen bedeuten die Deregulierung von Arbeitsbedingungen und die Senkung von Löhnen und Gehältern der dort Beschäftigten. Es kommt zum schrittweisen Abbau vormals öffentlicher Leistungen. Kommunistische Kommunalpolitik ist prinzipiell gegen Privatisierung, in welchem Gewand sie auch versteckt wird.

Elemente der direkten Demokratie, zum Beispiel Bürgerentscheide und -begehren werden zum Teil zugestanden, aber mit solch hohen Hürden versehen, dass diese für Bürgerinitiativen kaum zu nehmen sind. Die Anzahl von Sitzungen gewählter Gremien (Stadt-, Gemeinderäte) wird abgebaut, immer mehr „übernehmen“ Verwaltungen auch politische Entscheidungen. Die Städte und 205 Gemeinden werden immer mehr in Richtung einer rein betriebswirtschaftlichen Orientierung umstrukturiert. Die kommunalen Haushalte sind intransparent.

Unser Primat liegt auf dem außerparlamentarischen Kampf. Kommunistische Kommunalpolitik setzt in erster Linie auf die Mobilisierung der Menschen für ihre Interessen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht an Wahlen beteiligen und um Mandate in Kommunalparlamenten ringen. Entscheidend ist, dass sich unsere Arbeit in gewählten Gremien der Kommunen daran misst, wie sie der Förderung fortschrittlicher, außerparlamentarischer Bewegungen dient. Wir machen unsere Arbeit in Gremien und die Arbeit der Gremien transparent. Wir bringen den Filz, die Kungelei in der Kommunalpolitik und zwischen den Spitzen der Kommunen und den Konzernen ans Tageslicht. Kommunalpolitik bietet vielfältige Möglichkeiten, die Brennpunkte des politischen Kampfs, sei es Sozial- und Demokratieabbau oder den Kampf gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung, einzubringen und konkrete Kampfziele zu entwickeln. Auch hier kann der Ansatzpunkt der Kampf in der Kommune sein – finanzielle Austrocknung der Kommunen, Einschränkung des demokratischen Rechts des Bürgerentscheids etc. – muss aber nicht dabei stehen bleiben.

Kommunalpolitik kann nicht nur die Angelegenheit der Genossinnen und Genossen in einzelnen Städten sein, sondern ist Sache der ganzen Partei. Wir müssen wieder in die Lage kommen, zu für uns wesentlichen Themen auch städteübergreifend als Kampagne anzugehen, Erfahrungen zusammenzuführen und auszuwerten. Anknüpfend an die Erfahrungen beispielhaften Widerstands gegen Privatisierungsvorhaben, gilt es eine bundesweite Kampagne gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu entwickeln.

Instrumente kommunistischer Kommunalpolitik sind Stadtteilzeitungen zur regelmäßigen Verteilung in festen Verteilgebieten, Nachbarschaftsbriefe, Infostände, Bürgersprechstunden, Bürgerbegehren und -entscheide und die gemeinsame Aktion mit den Betroffenen.

M a ß n a h m e n

- Die Bezirke, Landesverbände und Kreise diskutieren über Möglichkeiten der politischen Arbeit in den Kommunen, insbesondere über den Widerstand gegen Privatisierungspolitik und entwickeln entsprechende Maßnahmen.

- Auf Ebene der Bezirke und Landesverbände werden Pläne für die Erhöhung der Anzahl der Kleinzeitungen erstellt.
- Der Parteivorstand richtet eine Kommission Kommunalpolitik ein.
- Der Parteivorstand entwickelt eine Kampagne gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Der Parteivorstand führt Beratungen der an Kommunalpolitik interessierten Genossinnen und Genossen zu den Themen Privatisierung, „Standortpolitik“ und Entdemokratisierung durch.
- Der Parteivorstand wertet wichtige kommunalpolitische Auseinandersetzungen und Erfahrungen aus. Die Ergebnisse werden der Partei zur Verfügung gestellt. Ausgewertet werden u. a. die Arbeit unserer Parlamentarier, die Erfahrungen mit unterschiedlichen Kandidaturformen und die Zusammenarbeit mit anderen Kräften in verschiedenen Kommunen.
- Der Parteivorstand gibt regelmäßig einen Artikeldienst heraus, der sowohl Artikel als auch Gestaltungselemente für Kleinzeitungen enthält. Alte Plakate aus Kommunalwahlkämpfen werden gesammelt und den Kreisen als Druckvorlagen zur Verfügung gestellt.

5. Kommunisten und demokratische Bündnisse

Gegen Sozial- und Demokratieabbau, Militarisierung und Kriegspolitik, Rassismus und neofaschistische Gefahren entwickelt sich Widerstand. Bewegung gibt es gegen die reaktionäre Politik der EU, gegen die Politik von Weltbank und internationalem Währungsfonds (IWF) sowie dem Herrschaftsanspruch der G8-Regierungsvertreter, gegen die Zerstörung der Umwelt und die Diskriminierung und Ausgrenzung von Frauen. Neben der notwendigen kommunistischen Agitation und Propaganda auf diesen Feldern arbeiten die Mitglieder der DKP aktiv in demokratischen Bewegungen, Bündnissen und örtlichen Bürgerinitiativen. In der Bündnisarbeit treten wir für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Beteiligten ein und gehen davon aus, dass Inhalt und Form des Kampfes durch die jeweiligen Bewegungen bestimmt werden. Die Mitglieder der DKP wirken konsequent für die gemeinsam erarbeiteten Forderungen und Ziele und bringen in die Debatten unsere weltanschaulichen und politischen Positionen ein und stellen unsere antikapitalistischen und antiimperialistischen Alternativen zur Diskussion. Die Wirksamkeit der sozialen und politischen Bewegungen wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, den revolutionären, auf Gesellschaftsveränderung orientierenden Teil der Bewegungen zu stärken.

- In unserer Bündnisarbeit konzentrieren wir uns auf den Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, vor allem die fortschrittliche Jugend in ihrem Widerstand zu unterstützen.
- Die imperialistische Kriegspolitik im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan, in Mittelasien und Afrika und die militärpolitischen und rüstungstechnischen Vorhaben der USA und der EU machen das Engagement in der Friedensbewegung zu einer vordringlichen Aufgabe. Dies umso mehr, als nach dem Zerfall der Sowjetunion den imperialistischen Metropolen keine gleichrangige Kraft mehr als Friedensmacht entgegensteht. Die DKP kämpft in und mit der Friedensbewegung für eine Welt, in der die internationalen Beziehungen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf

nationaler Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten beruhen. Die DKP fordert die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und wendet sich gegen den weiteren Umbau der Bundeswehr zur weltweit agierenden Interventionsstreitmacht und gegen die EU-Militarisierung. Die besondere Aufgabe der DKP besteht darin, über die Zusammenhänge zwischen den Interessen des deutschen Imperialismus und seiner aggressiven Politik, über die Ursachen und die Verursacher imperialistischer Kriege aufzuklären und die bürgerliche Propaganda zur Verschleierung der politischen, ökonomischen und militärischen Ziele der Hauptmächte zu entlarven.

- Die Militarisierung nach außen wird begleitet von zunehmender Repression nach innen. Mitglieder der DKP arbeiten in Initiativen, Bündnissen und Bewegungen, die sich gegen den Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften zur Wehr setzen. Von besonderer Bedeutung ist die Stärkung des Widerstandes gegen das Verarmungs- und Disziplinierungsprogramm Hartz-IV sowie gegen den Ausbau des totalitären Sicherheitsstaates und den Bundeswehreinsatz im Innern. In diesem Sinne müssen die Ansätze gemeinsamen Handelns von Gewerkschaften, sozialen Protestbewegungen, Friedens- und Demokratiebewegung ausgebaut werden. Kommunistinnen und Kommunisten tragen zur Stärkung dieser Bewegung bei und stellen zugleich die Eigentumsfrage als die Grundfrage dieser Bewegung.

- Der Herrschaftssicherung dient auch das Dulden und Begünstigen des chauvinistischen, revanchistischen und faschistischen Potentials in Deutschland sowie eine staatlich betriebene antikommunistische Offensive. Die Mitglieder der DKP sind aktiv in antifaschistischen Organisationen und Bündnissen. Sie suchen die Gemeinsamkeit mit allen Kräften, die sich gegen Faschismus, Rassismus und Krieg, für die Rechte der Migrantinnen und Migranten, der Asylsuchenden und gegen weitere Einschränkung demokratischer Rechte einsetzen. Wir wehren uns gegen die Geschichtsverdrehung im Sinne der Totalitarismusthese. Die DKP tritt für die Verteidigung des antifaschistischen Erbes – des antifaschistischen Widerstandes 1933 bis 1945, des Kampfes von Antifaschisten nach 1945 in der BRD, der antifaschistischen Positionen der DDR – ein. Wir fordern das Verbot sowie die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen. Unsere Aufgabe ist es, den Zusammenhang zwischen Rechtsentwicklung und Sozial- und Demokratieabbau darzustellen und über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus, den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus, aufzuklären.

- Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft ist die Rolle, die die Jugend in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen spielt. Beträchtliche Teile der jungen Generation haben keine Chance auf Ausbildung und geregelte Arbeit. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren Forderungen nach dem Recht auf Bildung und Berufsausbildung, auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung, auf sinnvolle Freizeit und Gesundheit, nach dem Recht auf Mitbestimmung und Demokratie, dem Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten so aktuell wie in der Gegenwart. Die DKP wirkt eng mit der SDAJ zusammen und unterstützt ihre Aktivitäten. Sie tritt dafür ein, dass die Arbeiterjugend ihre Kraft in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen mit der ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen vereint. Sie tritt dafür ein, unter den Studierenden und jungen Intellektuellen die Überzeugung zu verbreiten, dass sie ihren Interessen und Idealen nur gemeinsam mit der Arbeiterbewegung Geltung verschaffen können. Die DKP macht deutlich, dass die Interessen der Jugend nur im Sozialismus eine Perspektive haben.